

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Pfeifer, Daweke, Dr. Probst, Frau Dr. Wilms, Dr. George, Keller, Rossmann, Frau Benedix-Engler, Frau Geiger, Nelle, Graf von Waldburg-Zeil, Frau Dr. Wisniewski, Austermann, Dr. Lammert, Lenzer, Frau Hürland, Gerstein, Dr. Laufs, Dr. Freiherr Spies von Büllenheim, Dr. Waffenschmidt, Dr. Jobst, Dr. Pohlmeier, Dr. Schwörer, Scharz (Trier), Zierer, Kraus, Horstmeier, Müller (Wadern), Frau Dr. Hellwig, Kittelmann, Pohlmann, Dr. Möller, Ganz (St. Wendel), Kroll-Schlüter, Spilker, Sauter (Ichenhausen), Vogt (Düren), Müller (Wesseling), Dr. Bugl, Neuhaus, Frau Dr. Wex, Dr. Stavenhagen, Berger (Lahnstein), Dr. Olderog, Repnik, Rühle, Hinsken, Müller (Remscheid) und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksachen 9/1711, 9/1866 —

Ausbildungsplatzsituation

Der Deutsche Bundestag sieht in der gegenwärtigen Lage große Probleme für die Versorgung von Jugendlichen mit qualifizierten Ausbildungsplätzen. Nach den letzten vorliegenden Erhebungen wird die Zahl der Ausbildungsplätze nicht ausreichen, der gestiegenen Zahl der Bewerber gerecht zu werden. Eine ähnliche Entwicklung droht für das Jahr 1983.

Der Bundestag wolle beschließen:

Um das Recht aller Jugendlichen auf qualifizierte Ausbildung und den Bedarf der Wirtschaft an gut ausgebildeten Fachleuten auf lange Sicht zu sichern, fordert der Deutsche Bundestag:

1. Ein Sofortprogramm der Bundesregierung zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für unversorgte Jugendliche des Schulabgängerjahrganges 1982.
(Aufstockung und Öffnung des Benachteiligten-Programms, Zuschüsse an Trägervereine, Steigerung der Ausbildungskapazitäten in den öffentlichen Verwaltungen des Bundes);
2. den Ausbau des Modellversuchsprogramms des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zur Verbesserung der Aus-

bildungschancen von Mädchen, jungen Ausländern und leistungsschwächeren Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung strukturschwacher Regionen;

3. die Verbesserung der statistischen Instrumente zur Erstellung von Grundlagen für Prognosen, Statistiken und Ausbildungsberichte, insbesondere auch auf regionaler Ebene;
4. die Weiterentwicklung der Qualität der beruflichen Bildung unter Berücksichtigung notwendiger Schutzvorschriften für Jugendliche (Berufsgrundbildungsjahr, neue Ausbildungsordnungen, Beibehaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsstätten);
5. eine gerechtere Verteilung der Kosten für die berufliche Bildung innerhalb der Gruppe der Arbeitgeber, z. B. durch regionalisierte Berufsbildungsumlagen der Kammern bei Mitbestimmung durch die Berufsbildungsausschüsse.

Bonn, den 2. Dezember 1982

Wehner und Fraktion